

2/201

CDU

19. Bundesparteitag, Saarbrücken, 4. - 5. Oktober 1971

BERICHT DER BUNDESGESCHÄFTSSTELLE

- Anlage zum Bericht des Generalsekretärs -

## Anlage zum Bericht des Generalsekretärs

### Bericht der Bundesgeschäftsstelle

Dieser Bericht fällt genau auf den Halbzeitpunkt zwischen den Bundestagswahlen. War der Bericht zum letzten Bundesparteitag eine Rückschau auf die Konsolidierung und Reorganisation der Parteigeschäftsstelle, die durch die neue Rolle der Partei in der Opposition bedingt waren, so muß dieser Bericht eher eine Bestandsaufnahme sein mit Blick auf die zu erwartenden Belastungen für die Organisation in dem kommenden harten Wahlkampf.

Hierbei steht auf der positiven Seite der Bilanz der im Oktober erfolgende Einzug in das neue Konrad-Adenauer-Haus, mit dem die Bundesgeschäftsstelle nach über 20 Jahren der räumlichen Zersplitterung endlich in einem Haus zusammengefaßt wird. Damit ist die Möglichkeit einer wesentlichen Straffung, Rationalisierung und Verbesserung der Arbeit gegeben.

Leider kann ansonsten der optimistische Zug, der den letzten Geschäftsbericht bestimmte, nicht fortgeführt werden. Viele der dringend notwendigen und auch zum Teil bereits in Angriff genommenen Maßnahmen zur Optimierung der Arbeit der Bundesgeschäftsstelle und zur Straffung der Parteiorganisation mußten aus Finanzmangel zurückgestellt werden.

Die schlechte Finanzlage zwang dazu, das wichtige Vorhaben des Aufbaus einer Personalplanung in wesentlich bescheidenerem Rahmen durchzuführen, als es notwendig gewesen wäre. Rein äußerlich zeigt sich das daran, daß kein Abteilungsleiter für diesen Bereich eingestellt werden konnte. Der jetzige Planstelleninhaber ist dem Bundesgeschäftsführer direkt unterstellt, die Zentrale Mitgliederkartei wurde in die Abteilung Organisation verlagert. Vom Einsatz des Rotstifts besonders betroffen wurde die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit, eine Abteilung, die gerade wegen des in diesem Bereich vorhandenen Vorsprungs der Regierung eher hätte verstärkt werden müssen. Die gesamte Gruppe "Mitgliederwerbung und -betreuung" mußte gestrichen werden, die Gruppen "Planung", "Gestaltung" und "Vertrieb" mußten in einer Gruppe zusammengefaßt werden. Bedauerlich ist ferner, daß die Arbeitsgruppe "Planung" in der politischen Abteilung nicht realisiert werden konnte.

Trotzdem ist es gelungen, die Bundesgeschäftsstelle weiter auszubauen, wenn auch in einem weit geringerem Maße als es beim Einsatz adäquater Finanzmittel möglich und auch im Hinblick auf den Bundestagswahlkampf nötig gewesen wäre. Da sich die Finanzlage nicht plötzlich entscheidend verbessern dürfte, wird es in den kommenden Monaten darauf ankommen, durch sinnvolle Aufgabenverteilung und Zusammenarbeit zwischen allen Gremien und Gliederungen der Partei ein höchstes Maß an Effizienz zu erreichen.

**Bundesparteitag**

Die Wahl von Saarbrücken als Tagungsort für den 19. Bundesparteitag erfolgte nicht nur aus Gründen der Einsparung. Vielmehr war es so, daß nach den Erfahrungen des 18. Bundesparteitages in Düsseldorf die in Hamburg bereits angemietete Festhalle in "Planten un Blomen" nicht ausreichend Platz für die zum 19. Bundesparteitag erwarteten Teilnehmer bot. Von den für einen Parteitag geeigneten Hallen, die zum vorgesehenen Zeitpunkt noch verfügbar waren, ist die vom Bundesvorstand zum Tagungsort bestimmte Saarlandhalle ohne Zweifel die beste. Sie bietet die Gewähr für eine gute Tagungsatmosphäre.

In enger Zusammenarbeit mit den städtischen Behörden und der Landesgeschäftsstelle wurde versucht, in Saarbrücken einen reibungslosen Ablauf des Bundesparteitages zu sichern. Die Stadt Saarbrücken hat in Erkenntnis der Tatsache, daß sie einen Ruf als Tagungsort für Parteitage zu gewinnen hat, einen besonderen Koordinierungsausschuß eingesetzt.

Wie allgemein bekannt, ist es vor allem die Unterbringung der Tagungsteilnehmer, die gewisse Schwierigkeiten bereitet hat. Den Damen des Verkehrsvereins Saarbrücken ist in erster Linie zu danken, wenn es trotzdem gelungen ist, genügend Quartiere zu beschaffen. Auch die Bereitschaft der Delegierten, sich mit Quartieren weit außerhalb der Stadt zu bescheiden, muß dankbar anerkannt werden.

Zum Bundesparteitag in Saarbrücken wurden neben den 572 Delegierten etwa weitere 3.000 Personen (Gastdelegierte, Pressevertreter und Gäste) eingeladen. Der für den Parteitagsbetrieb notwendige Einsatzstab beläuft sich, einschließlich der von der Landesgeschäftsstelle Saar vermittelten Hilfskräfte, auf etwa 150 Personen.

**Bundesausschuß:**

Auf der Sitzung am 10.5.1971 berichteten der Parteivorsitzende und der Fraktionsvorsitzende. Der Antrag des KV Stockachs auf Vorverlegung des 19. Bundesparteitages der CDU wurde abgelehnt. Nach dem ausführlichen Bericht des Bundesschatzmeisters über die Finanzlage der CDU und nach längerer Diskussion faßte der Bundesausschuß den Beschluß, daß die Landesverbände an die Bundespartei im Jahre 1971 einen Sonderbeitrag von DM 10,- pro Mitglied auf Grund der Mitgliederzahlen per 1. Januar 1971 abführen.

**Bundesvorstand:** Im Mittelpunkt der Sitzung am 22. März 1971 standen der Haushaltsplan der Bundesgeschäftsstelle und die Finanzlage der Bundespartei. Weitere Themen waren das Ergebnis der Landtagswahlen, die Vorbereitung des 19. Bundesparteitages, die Einsetzung einer Steuerreformkommission und die Zusammenlegung der Ausschüsse für Ballungsräume und Strukturpolitik.

Neben der Erörterung der politischen Lage nach den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein wurde die Sitzung am 26. April 1971 von der Diskussion um die Finanzlage der Partei beherrscht. Zum Ausgleich für den Haushalt 71 sowie zur Reorganisation der Parteifinanzen wurde u.a. beschlossen:

- Die Position Bundesparteitag wird nach Verlegung des 19. Bundesparteitages von Hamburg nach Saarbrücken entsprechend gekürzt.
- Bundestagsfraktion und Landtagsfraktionen beteiligen sich mit einem einmaligen Betrag am Ausgleich des laufenden Haushalts.
- Die Landesverbände überweisen einen Teil des Aufkommens aus dem "Wirtschaftsbild" an die Bundesgeschäftsstelle. Zusätzlich schlug der Bundesvorstand dem Bundesausschuß vor, von den Landesverbänden einen Sonderbeitrag von 10.-- DM pro Mitglied zu erheben.
- Zur langfristigen Sanierung wurde der Generalsekretär beauftragt, in Abstimmung mit dem Bundesschatzmeister Vorschläge auszuarbeiten für ein gemeinsames Finanzbüro, für die Koordinierung aller wirtschaftlichen Betätigungen der Partei und über die Neuorganisation des Spendenbeschaffungswesens.

Am 5. Juli 1971 wurden das Städtebauförderungsgesetz und das Rentenanpassungsgesetz diskutiert. Ein weiterer Erörterungspunkt war die Gründung der "Deutschen Union".

Auf der Sitzung am 3. September 1971 standen die Berlinverhandlungen und die Neuverteilung des Steueraufkommens zwischen Bund und Ländern im Vordergrund der Beratungen. Die weiteren Vorbereitungen des 19. Bundesparteitages mußten abgesprochen werden. Zur Diskussion stand auch die Einrichtung eines Finanzbüros beim Bundesschatzmeister.



Präsidiumssitzungen: 28.1.71

mit Ministerpräsidenten und Kultusministern  
zum Thema Hochschulrahmengesetzentwürfe und  
Gemeinsame Bildungsplanung von Bund und Ländern

8.2.71

Thema u.a. Berufung einer außenpolitischen  
Kommission

11.3.71

Thema u.a. Finanzlage der Partei, Städtebau-  
förderungsgesetz, Steuerreform, Außenpolitische  
Kommission

22.3.71

Thema u.a. Programm zur Sanierung der Finanzen  
der Bundespartei

29.3.71

Thema u.a. Kurzfassung des Parteiprogramms,  
Steuerreform, Außenpolitische Kommission,  
Satzungsentwurf EUCD

2.4.71

Thema u.a. Kurzfassung des Parteiprogramms

19.4.71 in Kiel

Landtagswahlkampf Schleswig-Holstein

26.4.71

Thema u.a. Haushalt der Bundesgeschäftsstelle  
und Maßnahmen zur längerfristigen Stabilisierung

3.5.71

Aussprache mit dem Vorstand der Sozialaus-  
schüsse der CDA

10.5.71

Thema u.a. währungs- und konjunkturpolitische  
Massnahmen der Bundesregierung, Vorbereitung  
der anschliessenden Bundesausschußsitzung

13.5.71

mit Ministerpräsidenten und Bevollmächtigten  
der Länder beim Bund zu den Themen: Steuerreform,  
Ostverträge, Planungskordinierung zwischen  
Bundeskanzleramt und Ländern

7.6.71

Thema u.a. Kuratorium Unteilbares Deutschland,  
NLA

17.6.71

Thema u.a. Vorbereitung des 19. Bundespartei-  
tages, Städtebauförderungsgesetz

25.6.71

Thema u.a. Deutsche Union, Bundesverfassungs-  
gericht

5.7.71

Thema u.a. Vorbereitung der Bundesvorstands-  
sitzung, Bildungsgesamtplan

24.8.71

mit Ministerpräsidenten und Kultusministern  
zum Thema Bildungsgesamtplan, Wirtschafts-  
und Finanzpolitik, Innere Sicherheit

3.9.71

mit Ministerpräsidenten und Finanzministern  
zum Thema Neuverteilung des Steueraufkommens  
zwischen Bund und Ländern.

**Präsidiumsgespräche und  
Sonderveranstaltungen**

18.1.71

Kranzniederlegung am Grabe Bismarcks (Fried-  
richsruh) anl. der 100. Wiederkehr des  
Gründungstages des Deutschen Reiches

18.1.71

Gespräch mit Planungsstab SFK, Burg Alfter

20.1.71

Gespräch mit Bundesvereinigung Deutscher  
Arbeitgeberverbände

1./4.2.71

Besuch des Präsidenten der EUCD, Dr. Rumor

11.5.71

Gespräch mit Deutschem Richterbund

Organisationsanalyse

Der Wechsel in die Oppositionsrolle stellte die Partei vor die Frage, welche Funktionen eine Oppositionspartei im politischen System zu erfüllen hat, welche Voraussetzungen gegeben sein müssen, damit diese Funktionen erfüllt werden können, und wie die Struktur einer Partei an die neuen Erfordernisse angepasst werden kann. Diese für die Arbeit der CDU so offensichtliche Problematik hat das Sozialwissenschaftliche Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung veranlasst, eine wissenschaftliche Untersuchung in Angriff zu nehmen, in der eine Analyse der gegenwärtigen Struktur der Partei und Aussagen für ein funktionales Modell einer Oppositionspartei versucht werden sollen. Besondere Bedeutung soll dabei das Verhältnis von Mitgliederbeteiligung und organisatorischer Effizienz der Parteiorganisation haben. Da wir von einer solchen Untersuchung einen Beitrag zu einer offenen Diskussion über Struktur und Arbeit der CDU erwarten, haben wir uns entschlossen, diese Untersuchung zu unterstützen.

Um ein möglichst umfassendes Bild über die kommunikative Struktur, über Funktionen und Arbeitsweisen und deren technisch verwaltungsmässige Voraussetzungen und auch über normative Einstellungen bzw. Verhaltensweisen in der Partei zu erhalten, wurden in den letzten Monaten umfangreiche Befragungen durch ein beauftragtes Institut und Datenerhebungen auf allen Ebenen durchgeführt. Ein Teil der Befragungen findet noch statt. Nach deren Abschluss kann mit den Auswertungsarbeiten begonnen werden, die nach Ansicht des Sozial-

- 12 -

wissenschaftlichen Forschungsinstitutes  
in etwa 6 Monaten abgeschlossen sein werden  
und veröffentlicht werden können.

**Personalplanung:**

Für dieses Jahr wurden folgende Ziele gesetzt:

1. Die Erweiterung und Verbesserung des Personalangebotes auf dem Markte politisch relevanter Stellen.
2. Die Entwicklung einer Konzeption zur Aus- und Fortbildung hauptberuflicher Mitarbeiter.
3. Die Verbesserung des Informationsflusses zu unseren Mitgliedern in den Ministerien.
4. Eine bessere Koordinierung und Abstimmung der Bildungsarbeit innerhalb der Partei und mit den Stiftungen.

Nach schwierigen Detailberatungen und einem Probelauf im Kreisverband Bonn konnten die Vorarbeiten zum Aufbau einer umfangreichen Personaldatenbank und einer Stellendatenbank abgeschlossen werden.

Die EDV-Fragebögen haben inzwischen die entsprechenden Berufsgruppen unserer Mitglieder erreicht. Der Rückfluss der Daten wird im November abgeschlossen sein. Ab Anfang Dezember kann die Personaldatei Personalwünsche zur Besetzung politisch bedeutsamer Stellen qualitativ und quantitativ ungleich viel besser befriedigen als früher. Die Stellendatei wird mit einem zunächst recht begrenzten Pool beginnen. Auf diesem Gebiete gibt es bisher keine Vorbilder. Man wird daher Erfahrungen sammeln müssen. Der Rückfluss der bereits versandten Bögen wird hier wesentlich länger dauern.

Von Anfang an wurde eng mit den Landesverbänden zusammengearbeitet, für die später auch Daten sowohl aus der Stellen- als auch aus der Personaldatenbank abrufbar sind.

Auf der Grundlage von schriftlichen Vorlagen der Personalplanung, der politischen Akademie Eichholz und der Karl-Arnold-Bildungsstätte befasst sich eine kleine Kommission mit der Ausarbeitung eines Aus- und Fortbildungsprogramms mit Volontariat für die Stellenbewerber und die hauptberuflichen Mitarbeiter im Management der Partei. Das Programm muss vor allem mit den Landesverbänden abgestimmt werden.

Folgende Entwicklung zeichnet sich ab:

1. Es werden zwei Ausbildungsprogramme entwickelt, und zwar eines für politische Manager (Organisator in Verbänden)

und ein weiteres für politische Berater (Fachberater für politische Spezialgebiete in Verbänden).

2. Da der Nachholbedarf an neueinzustellenden Mitarbeitern nicht sehr gross ist und Bewerbungen unregelmässig über das Jahr verteilt eingehen, werden die einzelnen Sachgebiete der systematischen Ausbildungsteile im Baukastensystem in sich geschlossen programmiert werden müssen.

3. Fachlich betreute Praktika des Volontariats werden ausgerichtet auf nachfolgende Bausteine systematischer Ausbildung im jeweiligen Wechsel.

4. Da es sich um Intensivmassnahmen handelt, kann die Gesamtbildungsdauer auf etwa 8 Monate für die Bewerber und auf etwa 6 Wochen mit Überbrückungsmassnahmen für die hauptberuflich Tätigen beschränkt werden.

5. Durch Information über Sachen und Prozesse, durch Training und durch Rollenreflexion soll das Programm mehr Effektivität im Parteiapparat erreichen.

Um unsere Mitglieder in den Ministerien aus der Isolation herauszuführen, hat die Gruppe Personalplanung einen intensiven Erfahrungsaustausch initiiert und ein neues Informationsblatt speziell für diesen Personenkreis geschaffen.

Die politische Bildungsarbeit innerhalb unserer Partei muss koordiniert und vor allen Dingen auch mit den Stiftungen abgestimmt werden. Trotz langjähriger verdienstvoller Leistungen einiger Landesverbände fehlt es an gegenseitiger Information, Abstimmung und gezielter Entwicklung. Erste Erhebungen im April d.J. dienten der Information über Organisation und Leistung. Koordinierung und Kontakte liegen bei der Personalplanung. Auch für diesen Bereich wird die Organisationsanalyse Material liefern, das als Basis zur Weiterarbeit genutzt werden kann.



Abteilung Politik

Neben der fachlichen Vorbereitung der Präsidiumssitzungen und der Präsidiumsgespräche und der Geschäftsführung der Bundesfachausschüsse liegt der Hauptschwerpunkt auf der Ausarbeitung von Argumentationshilfen und auf politisch informativer Beratung.

**Bundesfachausschüsse**

Der Bundesausschuss für Agrarpolitik

(Vorsitzender: Gustav Niermann, MdL)

tagte einmal, die Arbeitskreise viermal.

Schwerpunktthemen waren:

- Soziale Sicherung für die landwirtschaftliche Bevölkerung
- Kurz-, mittel- und langfristige Aspekte der Agrarpolitik
- Bessere Verklammerung zwischen der Landes- und der Bundesagrarpolitik unter besonderer Berücksichtigung der Bildung von Erzeugergemeinschaften

Am 13.1.1971 konstituierte sich die

Aussenpolitische Kommission

(Vorsitzender: Walther Leisler Kiep MdB)

die bisher zweimal tagte.

Sie beschäftigte sich u.a. mit dem

- Ost-West-Verhältnis, der
- Europäischen Sicherheitskonferenz und den
- Vorbereitungen für eine Fachtagung Europapolitik

Der Bundesausschuss für Gesundheitspolitik

(Vorsitzender: Dr. Horst Bourmer)

kam viermal zusammen, um über die

- Krankenhausfinanzierung und -struktur
- Trinkwasserfluoridierung
- Aufhebung des numerus clausus an den medizinischen Fakultäten

- das Problem der zahnärztlichen Versorgung in der BRD und die
- Lebensmittelgesetzgebung zu beraten und eine
- Stellungnahme zu den gesundheitspolitischen Argumenten der SPD im Wahlkampf in Schleswig-Holstein abzugeben
- Die Frage der Rehabilitation wurde in Zusammenarbeit mit dem Bundesausschuss für Sozialpolitik diskutiert.

Der Bundesarbeitskreis Christlich-Demokratischer Juristen

(Vorsitzender: Friedrich Vogel MdB)

konstituierte sich am 12.5.1971.

Eine Sitzung der Arbeitskreise und 5 Zusammenkünfte der Fachkommissionen befassten sich schwerpunktmässig mit den Themen:

- Juristenausbildung
- 4.-5. Strafrechtsreformgesetz (Sexualstrafrecht, Schwangerschaftsunterbrechung)
- Strafvollzug
- Verfassungsreform.

Drei Tagungen des  
Bundeskulturausschusses

(Vorsitzender: Minister Dr. Bernhard Vogel)

dienten der Beratung der

- Bildungsfinanzierung
- des Hochschulrahmengesetzes
- des Graduiertenförderungsgesetzes
- den Fragen der Bildungsplanung
- der Erwachsenenbildungsgesetzgebung in den Bundesländern
- den Regelungen zur Schulmitbestimmung in den Bundesländern

- der beruflichen Bildung
- sowie der Ausarbeitung des Schul- und Hochschulreformprogramms der CDU.

In zwei Tagungen des  
Bundesfachausschusses Öffentlicher Dienst  
(Vorsitzender: Ulrich Berger MdB)

sowie 15 Sitzungen des Vorstandes wurden

- Leitsätze der CDU für den Öffentlichen Dienst und
- Thesen zur Aus- und Fortbildung im Öffentlichen Dienst erarbeitet.

Weiter wurde über die

- Besoldungsvereinheitlichung und Neuregelung,
- den Härtebericht zu Art. 131 GG,
- das Postverfassungsgesetz,
- das Personalvertretungsrecht und ein
- einheitliches Öffentliches Dienstrecht diskutiert.
- Die Fachtagung Verbrechensbekämpfung vom 2.-4.6.1971 diente einer breiteren Information und der Öffentlichkeitswerbung.

Im Bundesausschuss für Sozialpolitik  
(Vorsitzender: Josef Stingl)

wurde in vier Sitzungen (und in zwei Sitzungen der Unterausschüsse) über die Themen

- Öffnung der Rentenversicherung für Selbständige
- Flexible Altersgrenze
- Eigenständige soziale Sicherung der Frau
- Anhebung des Rentenniveaus
- Kleinstrenten
- Familienlastenausgleich
- Krankenhausfinanzierung und Rehabilitation beraten.

Der Bundesfachausschuss Sport  
(Vorsitzender: Dr. Hans Evers MdB)

tagte dreimal. Seine Schwerpunktthemen waren

- Erarbeitung eines Schul- und Hochschulprogramms
- Leistungs- und Breitensport
- Sportämter
- Sportverwaltungskräfte
- Sport im Rahmen der Strukturpolitik
- Ausbau von Bundes- und Landesleistungszentren
- Öffentlichkeitsarbeit des BFA Sport.

Er führte Kontaktgespräche mit

- dem Vorstand der Deutschen Sportjugend (29.4.71)
- und mit Vertretern des DGB (19.5.71)

Zwei Fachkonferenzen

- Sportkonferenz in Offenburg (5.6.71)
- Sportkonferenz in Bremen (4.9.71)

sollten weiterhin auf die Probleme der Sportförderung aufmerksam machen und Lösungsvorschläge sichtbar werden lassen.

Der Bundesfachausschuss Ballungsräume wurde in dem am 7.5.71 neu konstituierten

Bundesausschuss für Strukturpolitik

(Vorsitzender: Dr. Horst Waffenschmidt, MdL)

integriert. Der Ausschuss tagte dreimal, er bildete 5 Unterausschüsse (Ballungsräume; Umweltschutz; Verwaltungsreform; Regionalpolitik; Städtebau und Wohnungswesen, die achtmal tagten.

Schwerpunkte der Beratungen lagen im Wohnungsbau, Städtebau, Umweltschutz, Verwaltungsreform.

Der Unterausschuß Städtebau und Wohnungswesen entwickelte ein Konzept für den Ende 1971 bzw. Anfang 1972 in Hamburg geplanten Bundeswohngkongreß. Der Kongreß soll sein Schwergewicht auf die zukünftige Wohnungs- und Baupolitik legen, um die führende Position der CDU auf diesem Gebiet zu unterstreichen.

Es sollen drei Arbeitskreise gebildet werden:

- a) Rationelles Bauen (Verwendung neuer Baustoffe und Bauverfahren) Vorsitz: Gerhard Orgaß, MdB,
- b) Urbanes Wohnen (Wohnen der Zukunft, Bodenrecht, Umwelt, soziologische und städtebauliche Aspekte, Vorsitz: Dr. Rüdiger Göb)
- c) Wohnungsbauförderung und Vermögensbildung (Möglichkeiten neuer Förderungssysteme)  
Vorsitz: Ferdinand Erpenbeck, MdB.

Außerdem sollen auf dem Bundeswohngkongreß auch Gastredner (Wissenschaftler und Politiker) zu Worte kommen.

Ebenfalls neu konstituierte sich am 29./30.4.71

der Bundesausschuß für Verteidigungspolitik  
(Vorsitzender: Dr. Werner Marx, MdB)

Der Ausschuß tagte dreimal. Seine Hauptthemen waren:

- Organisation der Streitkräfte
- Fürsorge und soziale Frage
- Zivile Verteidigung und innere Sicherheit
- Rüstungswesen
- Öffentlichkeitsarbeit - Innere Führung.

Der Bundesausschuß für Wirtschaftspolitik  
(Vorsitzender: Minister Dr. Manfred Schäfer)

trat zu fünf Sitzungen zusammen; die vier Unterausschüsse hielten 18 Beratungen ab.

Hauptsächlich diskutiert wurden:

- Aktuelle Probleme der Europapolitik
- Finanzierung der Inneren Reformen
- Konjunktur- und Währungspolitik
- Probleme eines Wirtschafts- und Sozialrats
- Kartellnovelle
- Steuerreform
- Eigentumspolitik.

Politische Informationen: Speziell für die Landtagswahlkämpfe in Berlin, Rheinland Pfalz, Schleswig-Holstein, Bremen, wurden Rednerdienste erarbeitet, in einer Langfassung zur fundierten Unterrichtung und in einer aktualisierten Kurzfassung. Zusätzlich dienten Stichwort-Kataloge im Frage- und Antwortstil zur Vorbereitung auf Diskussionen. Außerdem wurde ein spezieller Rednerdienst zum Berliner Rahmenabkommen angefertigt.

Umfangreiche Ausarbeitungen zu einzelnen Themen sind nunmehr auch von Interessenten gegen Selbstkostenpreis zu erwerben. Über das Angebot wird laufend in den Parteipublikationen unterrichtet.

Angeboten werden

zur Europapolitik:

- Zur Europäischen Sicherheitskonferenz (historische Darstellung 1945 - 1971)
- Kontinuität in der Europapolitik der CDU (chronologische Darstellung 1945 - 1971)
- Die Sicherheit Europas  
Außen- und Sicherheitspolitische Aspekte der 70er Jahre

zur Ost- und Deutschlandpolitik:

- Die ostpolitischen Erfolge der von der CDU/CSU geführten Regierungen - und was hat die Bonner Linkskoalition erreicht?
- Äußerungen zur Anerkennung der "DDR" von Herbert Wehner
- Zum Vertrag vom 12.8.1970 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR
- Zitatensammlung (SPD/FDP) zur Berlin-Frage
- Die Haltung der CDU zu den Ostverträgen und zur Ratifizierung



- SPD-Zitate zur Wiedervereinigung und Anerkennung der 'DDR'
- SPD-Terminprognosen für die Berlin-Verhandlungen
- Aussagen der Bundesregierung über den Charakter und Geltungsbereich des Moskauer Vertrages

zur Wirtschafts- und Finanzpolitik

- SPD-Zitate zur Steuerpolitik 1969 - 1971
- Brandt, Schiller, Möller und die Preisentwicklung - Zitate
- SPD-Zitate zur Preisentwicklung 1965 bis 1971
- Chronologie der wirtschafts- und währungs-politischen Ereignisse seit Oktober 1969
- Zitate: SPD und Vollbeschäftigung
- Hoher Anstieg der staatlich geregelten Preise
- Wesentliche Unterschiede zwischen den Steuerreformvorschlägen von Bundesregierung SPD und FDP

Für den sonstigen Bereich

Innenpolitik stehen zur Verfügung:

- Unterschiede zwischen den Gesetzentwürfen zur Reform des Betriebsverfassungsgesetzes der Regierung und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- SPD-Zitate zur Vermögenspolitik 1969 - 1971
- SPD-Zitate zur Wohnungspolitik 1969 - 1971
- Formen der betrieblichen Alterssicherung

- Vorstellungen der CDU zur Alterssicherung
- Aktivitäten der Bundesregierung (1961 - 1969) im Bereich des Umweltschutzes
- Die öffentliche Diskussion über das Suchtmittel- und Drogenproblem, ihre Hintergründe und möglichen Folgen
- Jugendpolitische Initiativen im Deutschen Bundestag
- Zitate zur Bildungspolitik von SPD- und FDP-Politikern sowie von Mitgliedern der Bundesregierung
- Hochschulen - Keimzellen der Revolution? Materialien zur Situation an deutschen Hochschulen
- Deutsche Jungdemokraten Unterscheiden sich die Jungdemokraten noch von den Linksaußen (insbesondere Jusos) der SPD?
- Synopse von Vorschlägen zur flexiblen Altersgrenze
- Argumente gegen eine Liberalisierung des § 184 StGB (Pornographie)
- Dokumentation über den Stand der Diskussion um die Reform des § 218 StGB (Abtreibung)

Über die SPD informieren:

- Linksozialistische Tendenzen in der SPD  
Zitate
- Materialien und Anmerkungen zu den Beschlüssen der Jungsozialisten
- Zitate: SPD und 'Panikmache'
- Versprochen - nicht gehalten  
2 Jahre Linkskoalition  
Halbzeitbilanz

Zur Verbreitung des auf dem Düsseldorfer Parteitag verabschiedeten Programms wurde eine Broschüre gedruckt, die zur besseren Information mit einem Stichwortverzeichnis sowie einem Anhang versehen wurde, der über die Unterschiede zu den beiden ersten Fassungen des Programms und zum SPD-Programm Auskunft gibt.

CDU-Hochschulgruppen: Exemplarisch für die politische Beratungstätigkeit ist die Arbeit im Zusammenhang mit den CDU-Hochschulgruppen.

Die Neustrukturierung der akademischen Selbstverwaltung durch die in den letzten Jahren ergangenen Hochschulgesetze und die politisch-ideologische Frontenbildung an den Hochschulen durch linke Gruppen verschiedener Couleur stellen der CDU angehörende oder nahestehende Hochschullehrer, Assistenten und Studenten vor die Notwendigkeit, organisatorische Formen für eine gemeinsame Wahrnehmung ihrer hochschulpolitischen Interessen zu finden. Die Bundesgeschäftsstelle der CDU - Abteilung Politik - hat sich seit Beginn des Jahres 1971 aktiv und fördernd in diese Bemühungen eingeschaltet, die auf den Aufbau von CDU-Hochschulgruppen hinzielen. Aufgabe dieser Gruppen soll es sein,

- die hochschulpolitischen Interessen der der CDU zugehörigen Hochschulmitglieder zu koordinieren und einen verbesserten Informationsfluß zwischen ihnen zu gewährleisten,
- auf Hochschulebene und auf regionaler Ebene innerhalb der CDU die Meinungsbildung zu aktuellen örtlichen und überörtlichen hochschulpolitischen Fragen zu fördern und zu koordinieren,
- den Amtsträgern und Gremien der CDU auf Landes- und Bundesebene eine bessere Information über örtliche und überörtliche hochschulpolitische Ereignisse zu ermöglichen,
- den RCDS in seinen Bemühungen um die Verbesserung seiner hochschulpolitischen Situation zu unterstützen.

CDU-Hochschulgruppen bestehen derzeit u.a. in Bonn, Köln, Mainz, Freiburg, Heidelberg, Tübingen und Frankfurt. Die Arbeit dieser Hochschulgruppen ist in Übereinstimmung mit den Intentionen der Bundesgeschäftsstelle in die Arbeit der jeweiligen Kreisverbände integriert; bei Vorständen und Mitgliedern besteht in der Regel zumindest partielle Identität mit entsprechenden Fachausschüssen oder Unterausschüssen auf Kreisverbandsebene.

Die Bundesgeschäftsstelle der CDU steht seit Sommer dieses Jahres mit den CDU-Hochschulgruppen in Kontakt und hat ein Verteilersystem aufgebaut, um ihnen überregional bedeutsame hochschulpolitische Informationen zugehen zu lassen. Darüber hinaus wurde von der Bundesgeschäftsstelle mit der Bonner Gruppe ein besonders enger Erfahrungsaustausch vereinbart mit dem Ziel, einen besseren Überblick über die notwendigen organisatorischen Voraussetzungen für eine kontinuierliche und erfolgreiche Arbeit der Gruppen zu gewinnen. Die Ergebnisse dieses Erfahrungsaustauschs sollen sowohl den übrigen Gruppen mitgeteilt wie auch beim Aufbau neuer Gruppen verwertet werden.

Abteilung Information/  
Dokumentation

Das Informationssystem wurde im Berichtszeitraum vervollständigt. Es wurden Anfang Mai, nach Verabschiedung des Etats für 1971, folgende neue Dienste herausgegeben:

"Hörfunk und Fernsehen" / Kommentare  
(zweimal wöchentlich)

"Das Wichtigste aus den Bundesländern"  
(zweimal wöchentlich)

Von der Gruppe I / Information werden jetzt insgesamt 10 Presseschauen und Informationsdienste erstellt. Sie erhielten mit Beginn des Jahres 1971 eine einheitliche graphische Form. Außerdem wurden 1971 gemeinsam mit den Landesverbänden herausgegeben:

Wahlkampf-Dienste (dreimal wöchentlich)

für die Bundesländer

Berlin (März)

Rheinland-Pfalz (März)

Schleswig-Holstein (April)

Bremen (Oktober)

Über die Wahlergebnisse wurde jeweils eine Dokumentation mit Presse- und Hörfunkecho, Kommentaren etc. erstellt.

Im Juni 1971 wurde das Beziehersystem überprüft. Die Bezieher der Dienste erhielten Fragebogen mit der Bitte, diejenigen Dienste zu bestellen, die sie weiterhin oder zusätzlich benötigen. Bis auf wenige Ausnahmen kamen die Fragebogen innerhalb von 14 Tagen ausgefüllt zurück. Aus der Auswertung der Fragebogen ergab sich für die Gruppe Information eine wesentliche Erweiterung des Angebots.

Alle Überlegungen zur Kostensenkung, zur Verkürzung der Herstellungszeiten und zur Verbesserung der technischen Qualität der Dienste können erst realisiert werden, wenn nach dem Umzug in das Konrad-Adenauer-Haus die Abteilung über eine eigene Technik verfügen wird.

Der gesamte Informationsfluß wurde zentralisiert. Sämtliche Informationen werden jetzt hier erfaßt, selektiert und in ihrer Weitergabe gesteuert.

① Informationsdienste

Presseschau -rot- montags bis freitags  
täglich bis 8.15 Uhr

eine Zusammenstellung der wichtigsten Berichte und Kommentare der großen deutschen Tageszeitungen. Montags zusätzlich eine entsprechende Zusammenstellung der Wochenendpresse.

Presseschau -grün- montags bis freitags  
täglich gegen 12 Uhr

Berichte und Kommentare der Regionalpresse über die politischen Vorgänge in den Bundesländern.

① Für diese beiden Presseübersichten werden rund 70 Tageszeitungen ausgewertet.

Presseschau -blau- jeden Donnerstag die wichtigsten politischen Artikel der Wochenzeitungen und der Illustrierten

Presseschau -orange- zu besonderen Ereignissen (wichtigen Bundestagsdebatten, Parteikongressen, Abschluß von außenpolitischen Verträgen, einschneidenden wirtschaftlichen Vorgängen etc.) gibt diese Presseschau eine detaillierte Übersicht der Kommentare und Berichte.

Hörfunk und Fernsehen - Dieser Dienst erscheint montags und donnerstags und enthält eine Übersicht der wichtigsten Hörfunk- und Fernsehkommentare.

Interne Informationen - Dieser Dienst erscheint dienstags und freitags und enthält die wichtigsten Beiträge der vertraulichen Informationsdienste; er ist nur für den Dienstgebrauch bestimmt.

Diese Woche im Bundestag - Dieser Dienst erscheint freitags in den Parlamentswochen und bringt in erster Linie Informationen aus der Arbeit der CDU/CSU-Fraktion; er enthält außerdem Dokumentationen wie Wortlaute von Reden, Entschlüsseungen usw. Verteiler: Mitglieder des Bundesvorstandes, die nicht dem Bundestag angehören, Landesverbände, Vereinigungen, Landtags- und Bürgerschaftsfraktionen, Konrad-Adenauer-Stiftung.

Das Wichtigste aus den Bundesländern

Dieser Dienst erscheint dienstags und freitags und faßt die wichtigsten Ereignisse in den Bundesländern zusammen.

Informationen aus Presse, Hörfunk und Fernsehen

Dieser Dienst erscheint mittwochs und faßt wichtige Meldungen aus dem Bereich der Massenmedien zusammen.

Tagesdienst I - III

Dieser Dienst erscheint dreimal täglich (10 - 13 - 16 Uhr) für die Bundesgeschäftsstelle; er enthält die jeweils wichtigsten aktuellen Nachrichten, außerdem die Wortlaute wichtiger Reden, Entschlüsseungen usw. der Bundestagsfraktion, der Bundesregierung und der anderen Parteien.



Bezieher dieser Presseschauen und Informationsdienste sind:

Präsidium

Bund

Landesverbände (Vorsitzende, Geschäftsführer)

Vereinigungen (Vorsitzende, Geschäftsführer)

Landtags- und Bürgerschaftsfraktionen (Vorsitzende und Geschäftsführer)

Bundestagsfraktion

Konrad-Adenauer-Stiftung

Abteilungen der Bundesgeschäftsstelle

Archiv: Für die Gruppe II/Dokumentation-Archiv der Abteilung ergab sich im Berichtszeitraum eine weitere beträchtliche Steigerung der Anforderungen nach Materialien, sowohl aus der Bundesgeschäftsstelle als auch aus der Bundestagsfraktion sowie von Presseorganen, Instituten und Verbänden. Der Umzug in das Konrad-Adenauer-Haus wird die notwendige räumliche Erweiterung und damit eine weitere Verbesserung der Leistungsfähigkeit bringen.

Bestand des Archivs:

Sacharchiv	3010	Leitzordner
Zuwachs im Berichtszeitraum	410	Leitzordner
Personenarchiv	1020	Leitzordner
Zuwachs im Berichtszeitraum	134	"

Deutsche Tages- und Wochenzeitungen sowie ausländische Zeitungen	95	"
--	----	---

Pressedienste und politische Magazine	140	"
---------------------------------------	-----	---

Periodische Zeitschriften	30	"
---------------------------	----	---

Bundestagsdrucksachen (seit 49)  
Bundesratsdrucksachen  
(für die Dauer von drei Jahren)  
Landtagsdrucksachen  
(unterschiedlicher Umfang der Bestände)

Bücherei:

Bestand rund	10 000	Bände
Zuwachs im Berichtszeitraum	1 000	Bände

Auswertung

Tageszeitungen	30
Wochenzeitungen und Magazine	15
Pressedienste regelmäßig	25
gezielt etwa	50

Material der Deutschen Presse-Agentur  
fortlaufend

täglicher Anfall von Ausschnitten  
einschließlich Verweisungen auf  
Bundestagsprotokolle, Zeitschriften-  
artikel und Buchveröffentlichungen etwa 500

Auskünfte und Materialzusammenstellungen

Telefonische Auskünfte und Herausgabe ein-  
facher Unterlagen

täglich im Durchschnitt zwischen 20 und 30

mit umfangreichen Materialzusammenstellungen  
verbundene Auskünfte

im Monat zwischen 80 und 100

Täglicher Ausstoß an Dokumenten

(Zeitungen, Dienste, Broschüren, Bücher, Ausschnitte)	etwa 400
davon Fotokopien	etwa 300

## Presseabteilung

**Sprecher der Partei:** Er konnte im Berichtszeitraum seine Kontakte zu den Massenmedien ausbauen. Dies geschah durch eine Intensivierung von Einzel- und Gruppengesprächen mit Bonner Journalisten, durch Besuche bei einflußreichen Persönlichkeiten in den Zentralredaktionen der Massenmedien, durch Vorbereitung, Leistung und Nacharbeit von Pressekonferenzen mit CDU-Spitzenpolitikern und durch Erklärungen und Stellungnahmen des Sprechers zu aktuellen politischen Fragen.

Im Berichtszeitraum wurden 110 schriftliche, in den Pressehäusern verteilte Sprechererklärungen herausgegeben, 42 Artikel des Sprechers im DUD veröffentlicht und eine Vielzahl von telefonischen oder fernschriftlichen Stellungnahmen abgegeben.

Die Presseabteilung hat im Berichtszeitraum damit begonnen, nach politischen Sachbereichen spezialisierte Journalistenkarteien anzulegen, die mit zumeist von der Politischen Abteilung zur Verfügung gestellten Fachmaterialien beliefert werden. Dieses Verfahren hat sich hervorragend bewährt. An zahlreichen Veröffentlichungen ließ sich die Auswirkung der von uns zugesandten Materialien nachweisen.

Die Überarbeitung und Aktualisierung der Personalkartei wurde vorgenommen.

Die Presseabteilung berät Mandatsträger aller Ebenen bei der Gestaltung ihrer Pressearbeit und der Projektierung neuer Publikationen. Diese Hilfsstellung wurde im Berichtszeitraum zunehmend in Anspruch genommen.

Ein neuer Arbeitsschwerpunkt der Presseabteilung ist die Nachwuchsförderung, für die ein Konzept erarbeitet wurde. Bestandteile dieses Konzeptes sind die Schaffung von direkten und indirekten Förderungsmöglichkeiten und der Aufbau eines attraktiven Fortbildungsangebotes. Im Rahmen dieser Arbeit findet Anfang Dezember eine erste Modelltagung statt, auf Grund deren Ergebnisse eine Seminarreihe entwickelt werden soll. Das geplante Angebot an individuellen Förderungsmaßnahmen mußte wegen der Finanzlage stark gekürzt werden.

Die Koordination der Pressearbeit in der CDU konnte verstärkt werden. Dies geschieht durch telefonische ad-hoc-Absprachen und vor allem durch regelmäßige Treffen der Pressereferenten der CDU-Landesverbände, der CDU-Landtagsfraktionen und der CSU-Pressestelle im Generalsekretariat und Maximilianeum mit der Presseabteilung der CDU. Diese Sitzungen finden im Abstand von zwei Monaten statt, dienen der gegenseitigen Unterrichtung und Absprache der Vorhaben .

Publikationen:

Der täglich erscheinende Deutschland Union Dienst konnte seine Position als meistzitiertester Parteipressedienst ausbauen. In der Zeit von Januar bis August 1971 wurden 108 Artikel des DUD von Agenturen und Zeitungen zitiert und verarbeitet. Im gleichen Zeitraum wurden für die Parteipressedienste von SPD und FDP weniger als 20 Zitate registriert.

Union in Deutschland

die wöchentlich erscheinende Publikation für die Mandats- und Amtsträger der Partei, wurde auf ein neues Format und Layout sowie auf eine neue inhaltliche Struktur umgestellt. Ziel der Umstellung ist, die Funktion des Uid als Argumentationshilfe für die Basis stärker herauszuarbeiten.

Die Umstellung des Deutschen Monatsblattes

1970 hat sich bewährt. Aufmachung und Themenwahl, die Mitarbeit von einer Reihe von qualifizierten Journalisten wurde von den Lesern durch einen Anstieg der Leserbriefe honoriert. Pro Ausgabe erreichen durchschnittlich 100 Leserbriefe die Redaktion.

Der geplante Auslandspresdienst sowie der geplante Schülerpresdienst

konnten aus Finanzmangel nicht realisiert werden.

Rundfunk / Fernsehen: Die Kontakte des Rundfunkreferates zu Journalisten auf allen Ebenen der Rundfunkanstalten konnten ausgeweitet werden. Das Referat verfügt in allen Anstalten über eine wachsende Zahl von Vertrauensleuten, über die regelmäßige Informationen über Programm- und personalpolitische Vorgänge eingeholt werden.

Die Vorbereitungen für die Neukonstituierung des rundfunkpolitischen Arbeitskreises der CDU sind abgeschlossen. Der Arbeitskreis wird in neuer Besetzung nach dem Parteitag seine Arbeit wieder aufnehmen können.

Der sachverständige Beraterkreis der CDU für Rundfunkpolitische Fragen, dem leitende Persönlichkeiten aus allen Anstalten, die CDU-Mitglieder sind, angehören, hat am 25. Februar und am 12. Juli unter Leitung des stellvertretenden CDU-Vorsitzenden Dr. Helmut Kohl, getagt und mit ausgezeichneter Beteiligung eine Fülle von aktuellen und langfristigen rundfunkpolitischen Problemen erörtert. Auf Wunsch der Journalisten wurden zu der Sitzung am 12. Juli 1971 die führenden CDU-Mitglieder der Rundfunk- und Verwaltungsräte der Anstalten hinzugezogen.

Die Vorarbeiten für die Herausgabe eines rundfunkpolitischen Informationsdienstes der CDU wurden fortgesetzt. Die Realisierung des Projektes scheiterte am Finanzmangel.

Die Vorarbeiten für eine systematische Programmbeobachtung wurden vorangetrieben. Auch hier setzt die finanzielle Situation der Partei enge Grenzen.

**Abteilung**

**Öffentlichkeitsarbeit:** Die finanziellen Einschränkungen in der Öffentlichkeitsarbeit führten u. a. dazu, daß der Schriftenkatalog eingestellt wurde, da derzeit eine Eigenproduktion weitgehend nicht realisiert werden kann, so daß sich ein ausführlicher Katalog jetzt nicht lohnt. Stattdessen ist eine Service-Liste aufgestellt worden, die über möglicherweise zu zentralisierende Dienstleistungen Auskunft gibt. Diese reichen vom Angebot der Zentralen Mitgliederkartei bis zur Möglichkeit der zentralen Beschaffung von Kleinwerbemitteln. Diese Service-Liste wird dann allen Kreisgeschäftsstellen zur Verfügung gestellt werden.

Von Januar bis August 1971 wurden rund 10.000 Anfragen zu allgemeinen politischen Fragen beantwortet. Bei spezifischen politischen Themen waren das Archiv und die Mitarbeiter der Abteilung Politik behilflich.



**Veröffentlichungen:** Bei der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit erfolgen Graphik, Druckvergabe und Drucküberwachung aller nicht periodischen Veröffentlichungen der Bundesgeschäftsstelle. Außerdem liegt hier die inhaltliche Verantwortung für die vom Union-Verlag für die Partei herausgegebenen Schriften und Bücher.

Für den Verlag wurden folgende Publikationen zusammengestellt und redigiert:

- a) Festschrift zum 18. CDU-Bundesparteitag in Düsseldorf 1971
- b) Protokoll des 18. Bundesparteitages in Düsseldorf 1971

Für die Bundesgeschäftsstelle direkt wurden folgende Veröffentlichungen erarbeitet und redigiert (zum Teil gemeinsam mit anderen Abteilungen):

- a) Druck einer Broschüre mit den Anträgen an den 18. Bundesparteitag in Düsseldorf
- b) "Bericht Bundesgeschäftsstelle"-Anlage zum Bericht des Generalsekretärs
- c) Ausgewählte Reden vom Bundesparteitag in einer Auflage von 500 Stück
- d) Andruck-Exemplare des verabschiedeten Programms und Rotationsdruck dieses Programms mit Anhang (Auflage insgesamt rund 120.000 Stück).
- e) "Ich bin Mitglied der CDU" - eine Broschüre, die von den Kreisverbänden an neu eingetretene CDU-Mitglieder geschickt wird.

Diese Broschüre war auf Grund eines Beschlusses der Landesgeschäftsführerkonferenz erarbeitet worden. Sie wird zum Stückpreis von 40 Pfg. abgegeben. Die erste Auflage von 50.000 ist zur Zeit nahezu vergriffen.

f) "Schul- und Hochschulreformprogramm der CDU"

Der Erstdruck dieses Programms in einer Auflage von 3.000 Stück ist von der Bundesgeschäftsstelle finanziert worden und wurde an alle Untergliederungen der Partei verschickt. Auf Grund der bisher eingegangenen Bestellungen ist mit einer weiteren Auflage von ca. 40.000 Stück zu rechnen. Auch diese Veröffentlichung ist von den einzelnen Verbänden für 20 Pfg. pro Stück zu erhalten.

g) "CDU-Dokumentation"

3. Auflage 1971 (erscheint Ende September). Die Dokumentation ist insofern geändert worden, als Wiederholungen aus der Broschüre "Die CDU stellt sich vor" weggelassen wurden. Die Dokumentation enthält jetzt eine ausführliche Gründungsgeschichte, alle Programme der CDU seit 1949, eine Zeittafel für die Leistungen der CDU in 20jähriger Regierungszeit, eine Würdigung der beiden ersten Oppositionsjahre und eine Tabelle der Wahlergebnisse seit 1949.

h) Die Broschüre "Die CDU stellt sich vor", die nach dem Bundesparteitag in Saarbrücken herausgegeben wird, soll enthalten:

eine kurzgefaßte Gründungsgeschichte,

die Kurzfassung des Berliner Programms,

eine Darstellung der Persönlichkeiten des neuen Bundesvorstandes und der Landesregierungen, soweit sie von der CDU gestellt werden,

Organisation und Struktur der CDU,

Auszug aus der Satzung.

Zusammen mit der CDU-Dokumentation und der Broschüre "Ich bin Mitglied der CDU" (alle drei Broschüren werden ähnlich gestaltet) ergibt das ein festes Publikationsangebot für gezielte Mitgliederwerbung. Für die erste Ansprache an Interessierte ist die Broschüre "Die CDU stellt sich vor", zum Nachfassen ist die Dokumentation gedacht, und dem neu eingetretenen Mitglied gilt die dritte Broschüre. Der ersten Stufe wird möglicherweise noch ein Werbefaltblatt vorgeschaltet.

Für die Verbreitung der Publikationen ist ein Streuplan entwickelt worden, er stützt sich u. a. auf eine in der Abteilung geführte Kartei politisch Interessierter.

#### Flugblätter:

Auf der Grundlage eines Beschlusses des Parteipräsidiums wurde gemeinsam von Bundesgeschäftsstelle und Fraktion ein Renten-Flugblatt erarbeitet. Die Finanzierung des Drucks erfolgt durch die Fraktion, der Vertrieb durch die Partei. Die Auflage beträgt 10 Mill. Das Renten-Flugblatt ist in seinem Inhalt so gestaltet, daß es bis Ende des Jahres einsetzbar ist. Den Landes- und Kreisverbänden wurde zu diesem Renten-Flugblatt eine Handreichung über Möglichkeiten des Einsatzes zur Verfügung gestellt. Zusätzlich ist die August-Wandzeitung dem Thema "Renten" gewidmet.

Außerdem wurden Flugblätter für die Landtagswahlen gestaltet.

**Fotoausstellung /  
Informationsstand:**

Für den Bundesparteitag in Düsseldorf ist eine Fotoausstellung geschaffen worden, die sich mit der 25jährigen Geschichte der CDU befaßt. Diese Ausstellung auf 10 Tafeln ist nach der "Premiere" in Düsseldorf bisher 5 CDU-Verbänden für regionale Ereignisse zur Verfügung gestellt worden.

Von der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit ist ein repräsentativer Messeausstellungsstand in Auftrag gegeben worden, der jeweils an interessierte Verbände verliehen wird.

Der Stand ist bisher bei zwei Ausstellungen benutzt worden, weitere Anforderungen liegen vor.

**Wandzeitungen:**

Wandzeitungen der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit erschienen im Berichtszeitraum mit folgendem Inhalt:

<b>Titel:</b>	<b>Thema:</b>
-----	
1. Blick nach vorn	CDU-Bundesparteitag in Düsseldorf
2. CDU - was denn sonst?	Mitgliederwerbung
3. Kritisieren, ja ...	Mitgliederwerbung
4. Solide Bildungsreform: CDU	Bildungspolitik
5. Das ist gefährlich ...	Preispolitik
6. Rentnerwandzeitung "Höhere Renten"	Sozialpolitik
7. Versprochen - nicht gehalten	Halbzeitbilanz Linkskoalition

Die Gesamtauflage beträgt jetzt über 10.000 Stück in drei verschiedenen Größen.

PR-Beratung bei

Landtagswahlkämpfen: Landtagswahlen in Berlin

Überlassung von reproduktionsfähigen Fotos und kurzen Biographien der in Berlin eingesetzten Bundesredner.

Zurverfügungstellung von Flugblatttexten (die Flugblätter selbst sind in Berlin auf Kosten der Bundesgeschäftsstelle gedruckt worden).

Themen: Ostpolitik

Preispolitik

Rentenreform

Bonns Reformpolitik

Textentwurf für Flugblatt für junge Leute.

Vorschlag für eine Zeitungsanzeige.

Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz

Drei Flugblätter mit folgenden Themen:

Innere Reformen

Preispolitik

Bundeswehr

Auch dem Landesverband Rheinland-Pfalz sind Fotos und Lebensläufe der Bundesredner zur Verfügung gestellt worden.

Landtagswahlen in Schleswig-Holstein

Für die Landtagswahlen in Schleswig-Holstein wurde Anfang März ein ausführlicher und Anfang April eine Kurzfassung eines Rednerdienstes ge-

druckt. Der Inhalt entstand in der Verantwortung der Abteilung Politik.

Dem Landesverband sind wie im Falle Berlin Flugblatt-Texte zur Verfügung gestellt worden, er erhielt von jedem Bundesredner 5 reproduktionsfähige Fotos und einen kurzen Lebenslauf.

#### Landtagswahlen in Bremen

Für den Landtagswahlkampf in Bremen ist Anfang August die Langfassung eines neuen Rednerdienstes produziert worden. Von diesem Rednerdienst hat Bremen 250 Exemplare erhalten.

Die Kurzfassung dieses Rednerdienstes wird in der Woche vom 6. - 10. September gedruckt.

An Flugblättern sind dem Landesverband Bremen bisher folgende Textentwürfe zur Verfügung gestellt worden:

Preissituation

Bildungspolitik der Linkskoalition

Umweltschutz

Städtebau

Sozialpolitik

ein weiterer, überarbeiteter Entwurf zum Thema Preise.

**PR-Aktionen:**

Um die Sommerpause des Parlaments zu überbrücken, ist eine Präsenz- und Ereignisliste aufgestellt worden, die eine Berichterstattung über die CDU auch in dieser Zeit gewährleistet.

**Betriebsratswahlen**

In Bezug auf die allgemeinen Betriebsratswahlen 1972 haben verschiedene Gespräche mit den Sozialausschüssen über Möglichkeiten der werblichen Unterstützung dieser Wahlen durch die Bundespartei und die Landesverbände stattgefunden. Ein gezieltes Programm mit Publikationen und terminlicher Disposition ist aufgestellt worden.



Die Auslandsarbeit wurde organisiert und umfaßt jetzt drei Aufgabenbereiche:

1. Betreuung von ausländischen Gästen (Journalisten und sonstigen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens) der Bundesregierung; Sie werden zu Informationsgesprächen empfangen und mit fremdsprachlichen Informationsmaterial versorgt. Im Berichtszeitraum wurden 85 ausländische Besucher empfangen sowie mehrere ausländische Besuchergruppen. Da alle diese Besucher als Multiplikatoren anzusehen sind, ist eine angemessene Betreuung besonders wichtig.
2. Kontaktaufnahme zu ausländischen Botschaften und Vertretungen in Bonn. Diese Kontaktaufnahme wurde allgemein in den ausländischen Vertretungen sehr begrüßt, wobei die Kontakte zu den afro-asiatischen Ländern besonders intensiviert worden sind. Da diese Botschaften bisher ihre Kenntnisse über die Arbeit der CDU nur aus der Tagespresse bezogen, sie jedoch angehalten sind, ihren eigenen Regierungen auch die Stellung der Opposition zu vermitteln, wurde ihnen Informationsmaterial zur Verfügung gestellt und Informationsgespräche geführt und vermittelt. Diese Botschaften übergeben uns ihrerseits offizielle Stellungnahmen ihrer Regierung sowie ausländisches Informationsmaterial. In der Berichtszeit wurden 101 ausländische Vertretungen in Bonn mit Informationsmaterial versorgt.

3. Kontaktaufnahme im Ausland sowie Korrespondenz mit ausländischen Interessenten der CDU. Bisher wurde an 120 deutsche Botschaften und Vertretungen im Ausland Informationsmaterial der CDU versandt. Es werden laufend Anfragen ausländischer Interessenten beantwortet.

Die eingerichtete Auslandskartei wird ständig ergänzt; sie umfaßt alle wichtigen Anschriften für Auslandskontakte sowohl in Bonn als auch im Ausland. Fremdsprachliches Informationsmaterial konnte aus finanziellen Gründen nur zum Teil bereitgestellt werden. Ein Auszug des CDU-Programms in englischer Sprache befindet sich in Vorbereitung.

**Gewerkschaftsreferat:**

Ein Schwerpunkt in der Arbeit des Gewerkschaftsreferats liegt in der Repräsentation auf Gewerkschaftskongressen und Tagungen nichtgewerkschaftlicher Arbeitnehmerorganisationen. Das umfaßt die Information über die Art der Organisation, die Verfolgung des Kongreßverlaufs und die Auswertung der Tagungsergebnisse.

Mit Gewerkschaften, Sozialausschüssen, parl. Verbindungsstellen, ausländischen Botschaften, Sozialpolitischen Abteilungen der Rundfunkanstalten, Gewerkschafts- bzw. sozial- und wirtschaftspolitischen Referenten der Bundes- und Länderministerien und gewerkschaftlichen und sozialpolitischen Pressestellen und Redaktionen müssen Kontakte - mündlich und schriftlich - hergestellt und gepflegt werden. Die der CDU/CSU und den Sozialausschüssen der CDA angehörenden hauptamtlichen und ehrenamtlichen Mitarbeiter in allen Gewerkschaften werden mit Informationen politischer und gewerkschaftlicher Art und Material versehen; Gespräche geben auch Gelegenheit zur Erteilung von Ratschlägen.

Monatlich werden etwa 40 Gewerkschaftszeitungen, gewerkschaftliche Pressedienste und die die Gewerkschaft betreffenden Artikel in Tages- und Wochenzeitungen ausgewertet. Die Informationen hieraus werden u. a. an viele Informationsdienste, Redaktionen und freie Journalisten weitergegeben.

**Abteilung**

**Organisation:**

Die Aufgaben dieser Abteilung umfassen neben dem Schwerpunkt Vorbereitung und Durchführung von Wahlkämpfen vor allem die Planung, Vorbereitung und Durchführung von Veranstaltungen der Partei und Tagungen ihrer Gremien.

Die Abteilung Organisation bemüht sich routinemäßig um die Erstellung gewisser Koordinierungsmittel. So werden wöchentlich von allen Landesverbänden, Vereinigungen und Führungsgremien der Partei die vorgesehenen Sitzungstermine gesammelt und in einer Terminübersicht den Landtagsfraktionen, Landesgeschäftsstellen, der Bundestagsfraktion der CDU/CSU und den Mitgliedern des Bundesvorstandes der CDU zugestellt.

Ein Stellen- und Aufgabenverteilungsplan der Bundesgeschäftsstelle ist ebenfalls in Vorbereitung und wird nach dem Umzug in das neue Parteihaus allen Parteigliederungen zugestellt.

## Tagungen

Von der Abteilung Organisation wurden Vorbereitungsarbeiten und Hilfen bei der Durchführung von Kongressen und Tagungen der Vereinigungen geleistet:

- Südwesttagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU in Kaiserslautern
- Jahrestagung der Sozialausschüsse der CDA in Koblenz
- Mittelstandskongreß der CDU/CSU in Bremen
- Vorbereitungsarbeiten zum Deutschlandtag der Jungen Union

**Landesgeschäftsführer-  
konferenzen:**

Um eine Abstimmung über die Arbeit auf Bundes- und Landesebene zu gewährleisten, Aktivitäten zu besprechen und zu koordinieren und bestimmte technische Details zu klären, kamen die Landesgeschäftsführer und die BGST am 23.3.71 in Dortmund, am 25./26.5.71 in Überlingen und am 14.9.71 in der Politischen Akademie Eichholz zusammen.

Die zweitägige Konferenz in Überlingen diente gleichzeitig der Kontaktpflege.

Die Abteilung Organisation bemühte sich ferner um eine Koordinierung mit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum Zwecke der Repräsentation der CDU bei Veranstaltungen von Gewerkschaften, Verbänden und sonstigen Organisationen.

**Wahlkampf/  
Rednereinsatz:**

Die Bundesgeschäftsstelle war organisatorisch mitbeteiligt an den 3 Wahlkämpfen, die in den ersten vier Monaten dieses Jahres zu bestreiten waren. Der zur Zeit noch laufende Wahlkampf zur Bremischen Bürgerschaftswahl am 10. Oktober 1971 wird nach Kräften unterstützt, die Vorbereitungen für den Wahlkampf in Baden-Württemberg sind bereits angelaufen. Der Schwerpunkt der Abteilung Organisation liegt in der frühzeitigen und gründlichen Planung der Bundesrednereinsätze, die für alle Beteiligten so effektiv wie möglich gestaltet werden müssen. Das Gelingen dieser Einsätze hängt nicht zuletzt von der Kooperationsfreudigkeit aller Organisationsstufen der Partei ab. Die Bundesgeschäftsstelle unterstützt darüber hinaus die Landesverbände durch die Bereitstellung von Rednerdiensten zu bundespolitischen Fragen, aktuellen Informationen für Wahlkämpfer, Flugblättern, Abstimmung der Wandzeitungen auf den jeweiligen Wahlkampf u.ä. Maßnahmen.

Auch die diesjährigen Landtagswahlen haben den bereits im vergangenen Jahr sichtbar gewordenen Trend zur CDU bestätigt. Die Ergebnisse im einzelnen:

	Stimmen	v.H.	Sitze
Berlin	553.344	38,2	54
Rheinland-Pfalz	1.012.515	50.0	53
Schleswig-Holstein	737.106	51,9	40

Hinzugewonnene Wähler im Verhältnis zur letzten Landtagswahl:

	Stimmen	v.H.	Sitze
Berlin	73.399	5,3	7
Rheinland-Pfalz	151.373	3,3	4
Schleswig-Holstein	170.156	5,9	6

Auch außerhalb von Wahlkämpfen werden auf Anfragen Redner und Referenten für Veranstaltungen vermittelt. Der größere Teil der Nachfragen kommt aus dem vorpolitischen Raum, d.h. Berufsorganisationen, Jugend- und Studentenverbänden, kirchlichen Verbänden und Institutionen, Volkshochschulen. Es handelt sich dabei in den meisten Fällen um Einzelveranstaltungen. Veranstaltungsreihen, wie das gelegentlich auch von Orts- und Kreisverbänden der CDU gewünscht wird, können von der Bundesgeschäftsstelle nicht organisiert werden.



Zentrale Mitgliederkartei Im Zeitraum eines Jahres (30.6.70 bis 30.6.71) hatte die CDU einen Zugang von über 50.000 Mitgliedern. Wenn man die Abgänge abrechnet, ergibt sich ein realer Zuwachs von über 26.000, das sind 8,31 %. Der durchschnittliche Mitgliederbestand pro Kreisverband liegt jetzt bei 924. Inzwischen steuert die CDU auf die 350 000 Mitgliedermarke zu.

Die Zentrale Mitgliederkartei hält z.Zt. folgende Mitgliederkarteien auf dem neuesten Stand:

Bezeichnung	Kartenart	Zahl der Karteien	Zahl der Karteikarten
ZMK .....	Lochkarten	1	865.060
Verlag .....	Posteinweisungs-, Zurückziehungs- u. Kontrollkarten	2	692.048
Niedersachsenzeitung .....	Posteinweisungs-, Zurückziehungs- u. Kontrollkarten	1	56.098
Junge Union .....	Lochkarten Klarsichtkarten	2	50.282
Mittelstandsvereinigung ..	Versandkarten	1	4.000
7 Landesverbände und 4 Bezirksverbände Baden-Württemberg .....	Klarsichtkarten	11	203.654
375 Kreisverbände und 132 Ortsverbände .....	Klarsichtkarten	507	464.860
6 Bezirksverbände im LV Hannover .....	Klarsichtkarten	6	28.049
insgesamt:		531	2.364.051

MITGLIEDERBEWEGUNG

Juli 1970 bis Juni 1971

Datum	Mitglieder- stand	Zugänge	Abgänge	plus oder minus pro Monat	Quartal
30. 6.70	317.318				
31. 7.70	319.815	4.585	2.088	+ 2.497	
31.8. 70	321.439	3.467	1.843	+ 1.624	
30.9. 70	324.171	4.352	1.620	+ 2.732	+ 6.853
31.10.70	325.249	2.391	1.313	+ 1.078	
30.11.70	327.361	3.984	1.872	+ 2.112	
31.12.70	329.239	4.491	2.613	+ 1.878	+ 5.068
31. 1.71	331.115	4.016	2.140	+ 1.876	
28. 2.71	332.845	4.661	2.931	+ 1.730	
31.3. 71	336.032	6.235	3.048	+ 3.187	+ 6.793
30. 4.71	338.850	4.816	1.998	+ 2.818	
31. 5.71	341.987	4.721	1.584	+ 3.137	
30. 6.71	343.697	3.975	2.265	+ 1.710	+ 7.665
insgesamt:		51.694	25.315	+26.379	+26.379

.....  
/

MITGLIEDERBESTAND

nach dem Stande vom 31.7.71 in aufsteigenden Zahlen

Landesverbände

0600	Bremen.....	1.458
0900	Braunschweig.....	3.728
0700	Hamburg.....	4.364
1100	Oldenburg.....	6.248
0500	Berlin.....	8.459
1500	Saar.....	18.780
1600	Schleswig-Holstein.....	20.611
1000	Hannover.....	28.049
0800	Hessen.....	29.065
1400	Rheinland-Pfalz.....	44.857
01-4	Baden-Württemberg.....	48.011
1300	Westfalen.....	62.821
1200	Rheinland.....	69.573

---

==13== Landesverbände mit ..... 346.024 Mitgliedern

Zahl der Kreisverbände.....374 \*

Durchschnittl. Mitgliederbestand pro KV.....924 \*

\* ohne Ostsektor

Die 10 kleinsten Kreisverbände

1058	Zellerfeld.....	84
0901	Blankenburg.....	92
1016	Göttingen-Land.....	94
0319	Vaihingen.....	105
1025	Hannoversch-Münden.....	116
0828	Lauterbach.....	118
0316	Schwäbisch Hall.....	130
0314	Öhringen.....	142
0309	Künzelau.....	143
0811	Frankenberg.....	149

Die 10 größten Kreisverbände

1615	Rendsburg-Eckernförde.....	2578
1503	Ottweiler.....	2699
1202	Aachen-Land.....	2891
1214	Essen.....	3436
1507	Saarlouis.....	3484
1211	Düsseldorf-Stadt.....	3690
1342	Recklinghausen Stadt/Land.....	3819
1239	Rhein-Sieg-Kreis.....	3869
1222	Köln-Stadt.....	4362
1205	Bonn.....	4777

MITGLIEDERZUWACHS  
bei den Landesverbänden

Juli 1970 bis Juni 1971

LV.- Nr.	Mitglieder- stand am 30.6.70	Mietglieder- stand am 30.6.71	Mitgliederzuwachs Juli 1970 bis Juni 1971:	
			in Zahlen	pro 100 Mitgl. je LV.
01-4	44.585	47.467	2.882	6,46
0500	7.769	8.409	640	8,24
0600	1.402	1.423	21	1,50
0700	4.144	4.299	155	3,74
0800	24.783	28.689	3.906	15,76
0900	3.254	3.699	445	13,68
1000	24.639	27.723	3.084	12,52
1100	5.536	6.193	657	11,87
1200	66.996	69.353	2.357	3,52
1300	57.581	62.611	5.030	8,74
1400	39.994	44,471	4.477	11,19
1500	17.212	18.780	1.568	9,11
1600	19.423	20.580	1.157	5,96
ins- ges.:	317.318	343.697	26.379	8,31

LV.-NR:

- 01-4 Baden-Württemberg
- 0500 Berlin
- 0600 Bremen
- 0700 Hamburg
- 0800 Hessen
- 0900 Braunschweig
- 1000 Hannover
- 1100 Oldenburg
- 1200 Rheinland
- 1300 Westfalen
- 1400 Rheinland-Pfalz
- 1500 Saar
- 1600 Schleswig-Holstein

Zusätzlich lieferte die ZMK An-  
schriftenmaterial auf Etiketten fertig zum  
Versand oder stellte Anschriftenlisten  
zusammen.

Auftragsvolumen:

	LV.	KV.	BGSt.	zus.
Etiketten.....	233.021	290.969	7.000	530.990
Listen.....	112.043	223.428	6.000	341.471
<hr/>				
insgesamt:	345.064	514.397	13.000	872.461

Mitgliederausweise:

Die zentrale Herstellung der Mit-  
gliederausweise soll in der Abwicklung  
verbessert werden.

Z.Zt. laufen Vorbereitungen, die Mit-  
gliederausweise auf der eigenen Daten-  
verarbeitungsanlage nach jeder Dekade  
im monatlichen Änderungsdienst zu  
drucken und ab Januar 1972 mit den  
Klarsichtkarteikarten an die Verbände  
zu versenden. Dadurch soll die im  
jetzigen Verfahren bis zu 7 Wochen  
dauernde Wartezeit auf 2 bis 3 Wochen  
verkürzt werden.